

D. 98 — 1858

[C — 98/33045]

**12. DEZEMBER 1997 — Erlass der Regierung
über die Organisation und den Zuschuß für Tagesstätten für Personen mit Behinderung**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über die institutionellen Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993 und 16. Juli 1993;

Aufgrund des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge, insbesondere des Artikels 32;

Aufgrund des günstigen Gutachtens der Finanzinspektion vom 10/12/1997;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 12/12/1997;

Aufgrund des Vorschlags des Verwaltungsrates der Dienststelle vom 31.10.1997;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3 § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß nach dem neuen Konzept der Behindertenbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die behinderte Person mit ihren Fähigkeiten, Neigungen und Interessen den Ausgangspunkt im Konzept der Behindertenbetreuung bildet, müssen die Organisation und die Bezugsschaltung von Tagesstätten für Personen mit Behinderung, d.h. also die Personalnormen sowie die Bezugsschaltungskriterien bzw. -sätze unverzüglich diesem neuen Konzept angepaßt werden.

Auf Vorschlag des Ministers für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales;

Beschließt:

KAPITEL I - Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung dieses Erlasses versteht man unter:

1. Tagesstätte: eine von der Dienststelle anerkannte Einrichtung, die tagsüber Personen betreut, die den Belastungen und Zwängen eines Arbeitsalltags aufgrund ihrer Behinderung nicht gewachsen sind und denen diese im Hinblick auf die Ermöglichung einer sozial-beruflichen und kulturellen Integration in die Gesellschaft, eine sinnvolle Beschäftigung anbietet und die Begleitung so ausrichtet, daß deren individuelle Bedürfnisse und Fähigkeiten berücksichtigt werden.

2. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge;

3. Berechtigter: eine Person ab 18 Jahren, die bei der Dienststelle eingeschrieben ist und deren individuelles Hilfs- und Betreuungsprogramm, das gemäß Artikel 21 des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge erstellt und von der Dienststelle genehmigt wurde, die Beschäftigung und Begleitung in einer Tagesstätte vorsieht.

4. Behinderung: jede Beeinträchtigung der sozialen und beruflichen Integration aufgrund einer Einschränkung der geistigen, körperlichen oder sensorischen Fähigkeiten.

5. Erlaß vom 20. Juli 1993: Erlaß der Exekutive vom 20. Juli 1993 zur Festlegung gewisser Regeln für die Berechnung der Personalkosten, die den anerkannten Einrichtungen oder Vereinigungen im Rahmen der von der Dienststelle für Personen mit Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge bewilligten Tagessätze gewährt werden.

KAPITEL II - Die Organisation

Art. 2 - Die Tagesstätte bietet die Beschäftigung und Begleitung für die Berechtigten entsprechend folgender konzeptueller Grundlagen und Zielsetzungen für Personen mit Behinderung an:

1. Respekt vor der Würde des Menschen;
2. Normalisierung der Lebensbedingungen und sozialen Beziehungen.
3. Integration in die Gesellschaft.
4. Förderung der Selbstständigkeit in lebenspraktischen Bereichen.

Art. 3 - § 1. Die Tagesstätte bietet ihre Dienstleistungen an allen Tagen des Jahres an. Dienstleistungen an Wochenenden, Schließungen an Feiertagen und Ferienzeiten werden im Einvernehmen mit dem Berechtigten vereinbart und von der Dienststelle genehmigt. Die maximalen Schließzeiten dürfen 140 Tage/Jahr nicht überschreiten.

§ 2. Ein Betreuungstag umfaßt mindestens sechs Stunden und ist in zwei Tageshälften aufgeteilt. Eine Tagesshälfte beträgt mindestens 3 Stunden.

§ 3. Der Berechtigte kann die Dienstleistungen der Tagesstätte sowohl ganztägig als auch halbtägig in Anspruch nehmen. Die Tagesstätte kann im Einvernehmen mit dem Berechtigten individuelle Betreuungszeiten festlegen.

Art. 4 - § 1. Die Tagesstätte entwickelt ein differenziertes Dienstleistungsangebot, das den individuellen Fähigkeiten und Interessen der Berechtigten Rechnung trägt. Das Dienstleistungsangebot besteht aus:

1. Pflege, Begleitung und Aktivierung intra-muros;
2. Aktivitäten extra-muros;
3. Sozial-berufliche Vorbereitungs- und Qualifizierungsprojekte;

4. Ausbildungspraktika extra-muros;

5. Ausbildung in der Beschützenden Werkstätte;

6. Andere Aktivitäten zur sozial-beruflichen und kulturellen Integration der Berechtigten in die Gesellschaft.

§ 2. Die Tagesstätte gewährt den Berechtigten an jedem Betreuungstag ein warmes Mittagessen. Bei den Berechtigten, die aufgrund von Außenaktivitäten diese Dienstleistung nicht in Anspruch nehmen können, wird eine mit der Außenaktivität zu vereinbarende andere Lösung getroffen.

§ 3. Während des Betreuungstags gewährt die Tagesstätte den Berechtigten je nach Bedarf vormittags und/oder nachmittags einen gegebenenfalls 2 Imbis und Getränke.

Art. 5 - Die Tagesstätte schließt im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen einen Beschäftigungs- und Begleitvertrag mit dem Berechtigten ab. Dieser Vertrag sieht folgendes vor:

1. die Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten beider Parteien;

2. die Eigenbeteiligung des Berechtigten gemäß den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen;

3. die Anwesenheit des Berechtigten sowie die Art und Häufigkeit seiner Inanspruchnahme der Dienstleistungen der Tagesstätte;

4. Der Beschäftigungs- und Begleitplan muß eine Ausgewogenheit zwischen der Intensität der Aktivierung, die der Berechtigte benötigt, und derjenigen, die der Berechtigte wünscht, gewährleisten;

5. Die Verpflichtung einer ärztlichen Untersuchung durch einen Arzt der Wahl des Berechtigten zu Beginn der Aufnahme, sowie die Verpflichtung dieser ärztliche Untersuchung jährlich zu wiederholen;

6. eventuelle besondere Bedürfnisse des Berechtigten in der Ernährung;

7. die Pflege des Berechtigten;

8. der Transport des Berechtigten.

Art. 6 - § 1. Zur Ermittlung des Beschäftigungs- und Begleitbedarfs wird eine Evaluation der Fähigkeiten und Bedürfnisse des Berechtigten vorgenommen. Dazu werden Evaluationsinstrumente eingesetzt, die von der Dienststelle zuvor genehmigt werden müssen.

§ 2. Die Dienststelle legt die Kriterien fest, um den somit ermittelten Beschäftigungs- und Begleitbedarf in einer der folgenden Kategorien einzustufen:

1. L: leichte Behinderung

2. M: mittlere Behinderung

3. S: schwere Behinderung

4. S+: sehr schwere Behinderung

§ 3. Wenn bei der Aufnahme eines Berechtigten keine umfassende Evaluation seiner Fähigkeiten und Bedürfnisse vorliegt, wird während 3 Monaten die Kategorie M berücksichtigt.

§ 4. Die Einstufung kann bei Bedarf einmal im Jahr erneuert werden. Im Falle außergewöhnlicher Umstände kann eine Evaluation aufgrund einer begründeten Anfrage nach Ablauf von 3 Monaten angepaßt werden.

Art. 7 - § 1. Das Personal der Tagesstätte setzt sich nach den im Erlaß vom 20.07.1993 vorgeschriebenen Qualifikationen aus folgenden Funktionen zusammen:

1. Direktionspersonal: Verantwortlicher/Leiter

2. Betreuungspersonal bestehend aus erzieherischem, pädagogischem, psychologischem und/oder paramedizinischem Personal

3. Medizinisches Personal bestehend aus Fachmediziner und/oder Allgemeinmediziner

4. Verwaltungspersonal und Arbeitspersonal;

§ 2. Nachfolgende Personalschlüssel werden berücksichtigt:

1. Ein Leiter ab 10 Berechtigte.

2. Betreuungspersonal: für die Begleitung von Ausbildungspraktika der Tagesstätte: 1,9 Betreuungsstunden pro Woche für jeweils einen Berechtigten, insofern die Begleitung von Personalmitgliedern der Tagesstätte gewährleistet wird oder:

a) für die Kategorie L: 6,9 Betreuungsstunden pro Woche für jeweils einen Berechtigten

b) für die Kategorie M: 8,4 Betreuungsstunden pro Woche für jeweils einen Berechtigten

c) für die Kategorie S: 12,7 Betreuungsstunden pro Woche für jeweils einen Berechtigten

d) für die Kategorie S+: 15,2 Betreuungsstunden pro Woche für jeweils einen Berechtigten

3. Arzt für Fragen der Hygiene und Gesundheit: höchstens 5 Stunden pro Monat pro Tagesstätte, insofern die Dienstleitung eines Arztes von der Dienststelle zuvor gutgeheißen wurde.

4. Verwaltungspersonal: 1 Stunde pro Woche für jeweils einen Berechtigten mit einem Maximum von 19 Stunden pro Woche für eine Tagesstätte.

5. Arbeitspersonal: 3,8 Stunden pro Woche für jeweils einen Berechtigten.

§ 3. Die Tagesstätte reicht bei der Dienststelle zwecks Genehmigung ein Jahreskonzept mit den vorgesehenen Zielsetzungen und Aktivitäten sowie einen Entwurf der laut § 2 zu berücksichtigenden Personalbesetzung ein. Die Funktionen des Personals werden von der Dienststelle auf Grundlage des Jahreskonzeptes festgelegt.

§ 4. Im Einvernehmen zwischen den Tagesstätten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und nach vorheriger Genehmigung der Dienststelle können überzählige nicht genutzte Stunden aus den jeweiligen Stundenpaketen des Personals der Tagesstätten für regional übergreifende Aufgabenbereiche genutzt werden.

Art. 8 - Die Tagesstätte schließt eine Feuerversicherung für die von ihr genutzten Räumlichkeiten ab sowie eine entsprechende Haftpflichtversicherung für das Personal und die Berechtigten.

KAPITEL III - Der Zuschuß

Abschnitt 1 - Der Tagessatz

Art. 9 - Insofern die Tagesstätte den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses nachkommt, erhält sie im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel von der Dienststelle Zuschüsse in Form eines Tagessatzes, der die effektiven annehmbaren Ausgaben der Tagesstätte für die Unterhalts- und Funktionskosten umfaßt. Die Unterhalts- und Funktionskosten setzen sich zusammen aus:

1. den Aufenthaltskosten
2. den Transportkosten
3. den Personalkosten
4. den Immobiliennutzungs- und Abschreibungskosten

Abschnitt 2 - Die Aufenthaltskosten

Art. 10 - § 1. Die für den Tagessatz berücksichtigten annehmbaren Aufenthaltskosten betragen bei Anwesenheit des Berechtigten 304 BF. pro Tag und pro Berechtigten. Die Aufenthaltskosten umfassen die Kosten für Ernährung, Medikamente, Aktivitäten, Versicherungen, Unterhaltsprodukte, Wasser, Gas, Strom und Heizung, Steuern, Verwaltungskosten, Instandhaltung der Gebäude, Wäsche und Fahrten im Auftrag.

§ 2. Die für den Tagessatz berücksichtigten annehmbaren Aufenthaltskosten betragen bei Abwesenheit des Berechtigten 129 BF. pro Tag und pro Berechtigten.

§ 3. Die in § 1 erwähnten Kosten für Ernährung umfassen die Kosten für eine herkömmliche Ernährung. Die in § 1 erwähnten Kosten für Medikamente umfassen die Kosten für geläufige Medikamente. Benötigt der Berechtigte aufgrund seiner Behinderung besondere Medikamente oder eine besondere Ernährung, so kann die Tagesstätte einen Sonderzuschuß bis zu 51 BF. pro Tag und pro Berechtigten von der Dienststelle erhalten.

Abschnitt 3 - Die Transportkosten

Art. 11 - § 1 Die für den Tagessatz berücksichtigten annehmbaren Transportkosten umfassen die reellen Kosten für den Transport der Berechtigten von ihrem Wohnsitz zur Tagesstätte und zurück, unter der Voraussetzung, daß der Transport im Rahmen eines Transportprojektes gemäß § 2 oder mittels Sammelfahrten durch Berufstransportunternehmen gemäß § 3 gewährleistet wird.

§ 2. Das Transportprojekt muß rationell und koordiniert eine optimale Nutzung aller Transportmöglichkeiten vorsehen. Um für den Tagessatz berücksichtigt zu werden, muß das Projekt zuvor von der Dienststelle genehmigt werden.

§ 3. Bei Sammelfahrten, die von Berufstransportunternehmen durchgeführt werden, werden die Transportkosten für den Tagessatz berücksichtigt, insofern die Vergabe des Auftrages im Respekt der diesbezüglichen anwendbaren Gesetzgebung stattgefunden hat. Die Dienststelle muß vor der Zuschlagserteilung durch die Tagesstätte ihre Genehmigung zu der Wahl des ausgewählten Anbieters erteilen. Die Auftragsdauer darf 5 Jahre nicht übersteigen.

Abschnitt 4 - Die Personalkosten

Art. 12 - § 1. Die für den Tagessatz berücksichtigten annehmbaren Personalkosten umfassen die in Artikel 7 vorgesehenen Personalschlüssel sowie die im Erlaß vom 20. Juli 1993 festgelegten Baremas.

§ 2. Die Dienststelle übernimmt die entsprechenden Kosten bis zu einem vom Verwaltungsrat der Dienststelle festzulegenden Höchstbetrag, vorausgesetzt, die Tagesstätten beteiligen sich an einer übergreifenden Initiative zur Beschäftigung von Personen mit Behinderung bei der Ausführung der Buchführung und Lohnbuchhaltung.

§ 3. Als nicht annehmbare Personalkosten gelten:

1. unbeschadet der gezahlten Beträge für gesetzlich vorgesehene Frühpensionen, die ausgezahlten Gelder zugunsten von Personalmitgliedern, die über die in Artikel 7 festgelegten Normen zur Bestimmung des maximalen Personalbestandes, der bei der Bezuschussung berücksichtigt wird, liegen.

2. die ausgezahlten Gelder zugunsten von Personalmitgliedern, die nicht über die festgelegten Qualifikationen verfügen.

3. der Teil der gesetzlichen Löhne und gesetzlichen Arbeitgeberlasten, der die Beträge übersteigt, die aus der Anwendung der Gehaltbarema entstehen, welche für die Berechnung des Tagessatzes gemäß § 1 berücksichtigt werden können.

4. unbeschadet der gezahlten Beträge, für die im Rahmen von Aus- und Weiterbildungen erbrachten Leistungen von Personalmitgliedern der Einrichtungen und Dienste für Personen mit Behinderung, der Teil der gesetzlichen Löhne und Arbeitgeberlasten, der die Beträge übersteigt, die die öffentliche Behörde für einen Vollzeitarbeitsplan trägt.

Abschnitt 5 - Die Immobiliennutzungs- und Abschreibungskosten

Art. 13 - § 1. Die für den Tagessatz berücksichtigten annehmbaren Immobiliennutzungs- und Abschreibungskosten der Immobilien, die die Tagesstätte nutzt und deren Besitzer sie ist oder die sie anmietet, werden mit einem Höchstbetrag von 37 BF. pro Tag und pro Berechtigten berücksichtigt.

§ 2. Die für den Tagessatz berücksichtigten annehmbaren Abschreibungskosten für Mobiliar und Ausstattung werden mit einem Höchstbetrag von 14 BF. pro Tag und pro Berechtigten berücksichtigt.

§ 3. Mögliche Überschüsse von § 1 oder § 2 können bis zum Höchstbetrag von 51 BF. kumuliert werden.

Abschnitt 6 - Berechnung und Auszahlung des Tagessatzes

Art. 14 - § 1. Die in Artikel 9 bis 13 erwähnten Kosten werden in einem Tagessatz erfaßt, der auf die Gesamtzahl der Tage des Jahres berechnet ist, auf die sich die Kosten beziehen.

§ 2. Die Tagesstätte erhält einen monatlichen Vorschuß. Drei monatliche Vorschüsse für ein Trimester dürfen 90 % des Zuschußbetrages nicht überschreiten, den die Tagesstätte im vorangegangenen Trimester bezogen hat. Wenn es den reellen Kosten der Tagesstätte eher entspricht, kann die Berechnung des monatlichen Vorschusses auf das vorletzte Trimester bezogen werden. Auf Vorlage der Kostenaufstellung des vorangegangenen Trimesters wird die Regularisierung unter Berücksichtigung der drei monatlichen Vorschüsse vorgenommen.

§ 3. Die Tagesstätte reicht zum Jahresbeginn eine Jahresabrechnung mit den Belegen der effektiven annehmbaren Kosten des Vorjahrs bei der Dienststelle ein. Zum selben Zeitpunkt legt sie die Bilanz und Ergebnisrechnung des entsprechenden Jahres gemäß den diesbezüglichen vorgegebenen Richtlinien der Dienststelle vor. Aufgrund dieser Unterlagen wird eine Regularisierung vorgenommen.

§ 4. Der Tagessatz wird um folgende Beträge verringert:

1. den Betrag, den die Berechtigten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen als Eigenbeteiligung entrichten müssen.

2. den Betrag, den die Tagesstätte von öffentlichen Behörden, von Einrichtungen, die von diesen Behörden subventioniert werden, von Serviceclubs und anderen Spendern erhält, insofern diese Beträge zur Deckung von Ausgaben gewährt werden, die für die Berechnung des Tagessatzes berücksichtigt werden.

KAPITEL IV - Sonderbestimmungen

Art. 15 - Die Tagesstätte führt eine Buchhaltung gemäß den diesbezüglichen vorgegebenen Richtlinien der Dienststelle.

Art. 16 - Alle im vorliegenden Erlaß erwähnten Beträge sind an den Leitindex 114,20 der Verbraucherpreise gebunden Sie sind berechnet auf Basis einer Erhöhung von 3,6265.

Art. 17 - Falls die Anzahl betreuter Berechtigter sich nach dem 31.12.1997 verringert, wird die Dienststelle bei der Bezuschussung das bis zu diesem Zeitpunkt bezuschusste Stundenpaket für Betreuungspersonal bis zum 31.12.1999 berücksichtigen.

KAPITEL V - Aufhebungs- und Schlussbestimmungen

Art. 18 - Der Ministerielle Erlaß vom 18. Juni 1975 zur Festsetzung der Regeln, die für die Festlegung der Beteiligung des Fonds für die medizinisch-sozial-pädagogische Betreuung von Personen mit Behinderung an den Unterhalts-, Betreuungs- und Erziehungskosten für Personen mit Behinderung in Einrichtungen, die als Halbinternate funktionieren, zu befolgen sind, ist aufgehoben.

Art. 19 - Vorliegender Erlaß tritt am 1. Januar 1998 in Kraft.

Art. 20 - Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 12. Dezember 1997

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit,
Familie und Senioren, Sport und Tourismus
J. MARAITE
Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION
MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 98 — 1858

[C — 98/33045]

**12 DECEMBRE 1997. — Arrêté du Gouvernement
relatif à l'organisation et au subventionnement des centres de jour pour personnes handicapées**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993 et 16 juillet 1993;

Vu le décret de la Communauté germanophone du 19 juin 1990 portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale), notamment l'article 32;

Vu l'avis favorable de l'Inspection des Finances, donné le 10 décembre 1997;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 12 décembre 1997;

Vu la proposition émise le 31 octobre 1997 par le Conseil d'administration de l'Office;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, modifié par la loi du 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant que selon le nouveau concept de « guidance des handicapés » en Communauté germanophone, la personne handicapée, avec ses facultés, ses préférences et ses intérêts, constitue le fondement du concept de « guidance des handicapés », l'organisation et le subventionnement de centres de jour pour personnes handicapées, c.-à-d. en fait les normes relatives au personnel, ainsi que les critères et les taux de subventionnement doivent sans délai être adaptés à ce nouveau concept;

Sur la proposition du Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1° centre de jour : une institution reconnue par l'Office qui accueille en journée des personnes ne pouvant répondre aux charges et contraintes du travail au quotidien en raison de leur handicap, leur propose une activité censée permettre une intégration socio-professionnelle et culturelle dans la société et organise l'accompagnement de façon à tenir compte de leurs besoins et capacités individuels;

2° Office : l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale;

3° bénéficiaire : une personne de 18 ans au moins, inscrite auprès de l'Office et dont le programme individuel d'aide et d'encadrement, établi et approuvé par l'Office conformément à l'article 21 du décret 19 juin 1990 portant création d'un «Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge» (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale), prévoit l'occupation et l'accompagnement dans un centre de jour;

4° handicap : toute atteinte à l'intégration sociale et professionnelle en raison d'une limitation des facultés intellectuelles, corporelles ou sensorielles;

5° arrêté du 20 juillet 1993 : arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 20 juillet 1993 fixant certaines règles à suivre pour calculer les frais de personnel qui sont octroyés aux établissements et associations agréés dans le cadre des subventions journalières allouées par le "Dienststelle für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge".

CHAPITRE II. — *L'organisation*

Art. 2. Le centre de jour offre l'occupation et l'accompagnement pour les bénéficiaires conformément aux fondements et objectifs conceptuels suivants pour personnes handicapées :

- 1° respect de la dignité humaine;
- 2° normalisation des conditions de vie et des relations sociales;
- 3° intégration dans la société;
- 4° promotion de l'autonomie dans les domaines pratiques de la vie.

Art. 3. § 1^{er} - Le centre de jour offre ses services tous les jours de l'année. Les services offerts le week-end, les fermetures les jours fériés et les périodes de congé sont fixés en accord avec le bénéficiaire et approuvés par l'Office. Les périodes de fermeture ne peuvent dépasser 140 jours/an.

§ 2 - Une journée de prise en charge couvre au moins six heures et est subdivisée en deux demi-jours. Un demi-jour dure au moins 3 heures.

§ 3 - Le bénéficiaire peut recourir aux services du centre de jour aussi bien par journée entière que par demi-jour. Le centre de jour peut, en accord avec le bénéficiaire, fixer des périodes individuelles d'encadrement.

Art. 4. § 1^{er} - Le centre de jour développe une offre de services différenciée tenant compte des capacités et intérêts individuels des bénéficiaires. Les services proposés sont :

- 1° des soins, un accompagnement et une activation intra-muros;
- 2° des activités extra-muros;
- 3° des projets de préparation et qualification socio-professionnelle;
- 4° des stages de formation extra-muros;
- 5° une formation en atelier protégé;
- 6° d'autres activités d'intégration socio-professionnelle et culturelle des bénéficiaires dans la société.

§ 2 - Chaque journée de prise en charge, le centre de jour offre aux bénéficiaires un repas chaud à midi. En ce qui concerne les bénéficiaires qui ne peuvent recourir à ce service en raison d'activités extra-muros, l'on opte pour une solution compatible avec ladite activité.

§ 3 - Au cours de la journée de prise en charge, le centre de jour octroie aux bénéficiaires, selon les besoins, une voire deux collations et des boissons le matin et/ou l'après-midi.

Art. 5. Dans le cadre des dispositions légales existantes, le centre de jour conclut un contrat d'occupation et d'accompagnement avec le bénéficiaire. Ce contrat prévoit :

- 1° les droits, devoirs et responsabilités des deux parties;
- 2° la participation personnelle du bénéficiaire conformément aux dispositions légales applicables;
- 3° la présence du bénéficiaire ainsi que la nature et la fréquence des services qu'il sollicite parmi ceux proposés par le centre de jour;
- 4° que le plan d'occupation et d'accompagnement doit assurer un équilibre entre l'intensité de l'activation dont le bénéficiaire a besoin et celle qu'il souhaite;

5° l'obligation d'un examen médical pratiqué au début de l'accueil par un médecin choisi par le bénéficiaire ainsi que l'obligation de renouveler cet examen annuellement;

6° les éventuels besoins alimentaires spécifiques du bénéficiaire;

7° les soins à prodiguer au bénéficiaire;

8° le transport du bénéficiaire.

Art. 6. § 1^{er} - Pour déterminer les besoins en occupation et en accompagnement, les capacités et besoins du bénéficiaire sont évalués au moyen d'instruments d'évaluation préalablement approuvés par l'Office.

§ 2 - L'Office fixe les critères pour classer dans l'une des catégories suivantes les besoins en occupation et en accompagnement ainsi déterminés :

1° L = handicap léger

2° M = handicap moyen

3° G = handicap grave

4° G+ = handicap très grave.

§ 3 - Si l'on ne dispose d'aucune évaluation détaillée des capacités et besoins d'un bénéficiaire lors de son admission, l'on retient la catégorie M pendant 3 mois.

§ 4 - Le classement peut, s'il échoue, être revu une fois l'an. Dans des cas exceptionnels, une évaluation peut être adaptée sur demande motivée au terme de trois mois.

Art. 7. § 1^{er} - Le personnel du centre de jour se compose des fonctions suivantes d'après les qualifications prescrites par l'arrêté du 20 juillet 1993 :

1° personnel de direction : le responsable/directeur

2° personnel d'encadrement : personnel éducatif, pédagogique, psychologique et/ou paramédical;

3° personnel médical : médecins spécialistes et/ou généralistes;

4° personnel administratif et ouvrier.

§ 2 - Les clefs de personnel suivantes sont retenues :

1° un directeur à partir de 10 bénéficiaires;

2° personnel d'encadrement : pour l'accompagnement de stages de formation organisés par le centre de jour : 1,9 heures d'encadrement par semaine et par bénéficiaire, dans la mesure où l'accompagnement est assuré par des membres du personnel du centre de jour ou :

a) pour la catégorie L : 6,9 heures d'encadrement par semaine et par bénéficiaire;

b) pour la catégorie M : 8,4 heures d'encadrement par semaine et par bénéficiaire;

c) pour la catégorie G : 12,7 heures d'encadrement par semaine et par bénéficiaire;

d) pour la catégorie G+ : 15,2 heures d'encadrement par semaine et par bénéficiaire;

3° médecin pour les questions relatives à l'hygiène et à la santé : 5 heures au plus par mois et par centre de jour, dans la mesure où les prestations d'un médecin ont été préalablement approuvées par l'Office;

4° personnel administratif : 1 heure par semaine et par bénéficiaire, avec un maximum de 19 heures par semaine et par centre de jour;

5° personnel ouvrier : 3,8 heures par semaine et par bénéficiaire.

§ 3 - Le Centre de jour introduit auprès de l'Office, pour approbation, un concept annuel reprenant les objectifs et activités, ainsi qu'un projet quant aux besoins en personnel escomptés conformément au § 2. Les fonctions du personnel sont déterminées par l'Office sur la base du concept annuel.

§ 4 - Après approbation par l'Office, les centres de jour de la Communauté germanophone peuvent, de commun accord, utiliser pour des missions régionales communes les heures en surnombre de leurs «capitaux périodes» respectifs en matière de personnel.

Art. 8. Le centre de jour conclut une assurance incendie pour les locaux qu'il utilise ainsi qu'une assurance en responsabilité civile ad-hoc pour le personnel et les bénéficiaires.

CHAPITRE III. — *Le subside*

Section 1. — Le prix de journée

Art. 9. Dans la mesure où le centre de jour répond aux dispositions du présent arrêté, il obtient de l'Office, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, des subsides sous forme d'un prix de journée couvrant les dépenses admissibles effectivement consenties par le centre de jour pour les frais d'entretien et de fonctionnement. Les frais d'entretien et de fonctionnement comprennent :

1° les frais de séjour;

2° les frais de transport;

3° les frais de personnel;

4° les frais d'occupation d'immeubles et les frais d'amortissement.

Section 2. — Les frais de séjour

Art. 10. § 1^{er} - Lorsque le bénéficiaire est présent, les frais de séjour admissibles pris en considération pour le prix de journée s'élèvent à 304 FB par jour et par bénéficiaire. Les frais de séjour comprennent les frais encourus pour la nourriture, les médicaments, les activités, les assurances, les produits d'entretien, l'eau, le gaz, l'électricité, le chauffage, les impôts, la gestion, la remise en état des bâtiments, la lessive et les déplacements réalisés dans le cadre d'un marché.

§ 2 - Lorsque le bénéficiaire est absent, les frais de séjour admissibles pris en considération pour le prix de journée s'élèvent à 129 FB par jour et par bénéficiaire.

§ 3 - Les frais de nourriture visés au § 1^{er} couvrent les frais relatifs à une nourriture habituelle. Les frais de médicaments visés au § 1^{er} couvrent l'usage de médicaments courants. Si, en raison de son handicap, le bénéficiaire a besoin de médicaments ou d'une nourriture spécifiques, le centre de jour peut obtenir de l'Office un subside spécial allant jusqu'à 51 FB par jour et par bénéficiaire.

Section 3. — Les frais de transport

Art. 11. § 1^{er} - Les frais de transport admissibles pris en considération pour le prix de journée comprennent les frais réellement encourus pour le transport des bénéficiaires de leur domicile au centre de jour et inversement, à condition que le transport soit assuré dans le cadre d'un projet de transport, conformément au § 2, ou par un service de ramassage collectif effectué par des entreprises professionnelles de transport, conformément au § 3.

§ 2 - Le projet de transport doit prévoir, de façon rationnelle et coordonnée, une utilisation optimale de toutes les possibilités de transport. Pour être retenu pour le prix de journée, le projet doit au préalable être approuvé par l'Office.

§ 3 - En ce qui concerne les ramassages effectués par des entreprises professionnelles de transport, les frais de transport sont pris en considération pour le prix de journée dans la mesure où le marché est passé dans le respect de la législation applicable en la matière. L'Office doit, avant la passation du marché par le centre de jour, marquer son accord quant au choix du soumissionnaire sélectionné. La durée du marché ne peut dépasser 5 ans.

Section 4. — Les frais de personnel

Art. 12. § 1^{er} - Les frais de personnel admissibles pris en considération pour le prix de journée comprennent les clefs de personnel prévues à l'article 7 ainsi que les barèmes fixés par l'arrêté du 20 juillet 1993.

§ 2 - L'Office prend en charge les frais correspondants à concurrence d'un plafond que doit fixer le Conseil d'administration de l'Office, à condition que les centres de jour participent à une initiative commune visant l'occupation de personnes handicapées pour la tenue de la comptabilité financière et salariale.

§ 3 - Ne sont pas considérés comme frais de personnel admissibles :

1° sans préjudice des montants versés pour les préensions légales, les fonds liquidés en faveur des membres du personnel en surnombre par rapport aux normes fixées à l'article 7 pour déterminer l'effectif maximal pris en considération pour le subventionnement;

2° les fonds liquidés en faveur des membres du personnel qui ne disposent pas de la qualification requise;

3° la partie des salaires légaux et des charges patronales légales dépassant les montants issus de l'application des barèmes pouvant être pris en considération pour calculer le prix de journée conformément au § 1^{er};

4° sans préjudice des montants payés pour les prestations fournies par les membres du personnel des institutions et services pour personnes handicapées dans le cadre de formations et formations continues, la part des salaires légaux et charges patronales légales dépassant les montants pris en charge par les pouvoirs publics pour un emploi à temps plein.

Section 5. — Frais d'occupation d'immeubles et frais d'amortissement

Art. 13. § 1^{er} - Les frais admissibles d'occupation et d'amortissement d'immeubles que le centre de jour utilise et dont il est propriétaire ou locataire sont pris en considération pour le prix de journée à concurrence de 37 FB par jour et par bénéficiaire.

§ 2 - Les frais admissibles d'amortissement du mobilier et du matériel sont pris en considération pour le prix de journée à concurrence de 14 FB par jour et par bénéficiaire.

§ 3 - D'éventuels excédents des §§ 1^{er} et 2 peuvent être cumulés jusqu'à un plafond de 51 FB.

Section 6. — Calcul et liquidation du prix de journée

Art. 14. § 1^{er} - Les frais visés aux articles 9 à 13 sont pris en considération dans un prix de journée calculé sur l'ensemble des jours de l'année auxquels se rapportent les frais.

§ 2 - Le centre de jour obtient une avance mensuelle. Trois avances mensuelles pour un trimestre ne peuvent dépasser 90% du subside que le centre de jour a perçu le trimestre précédent. Lorsque cela correspond plus aux coûts réels du centre de jour, le calcul de l'avance mensuelle peut être effectué sur la base de l'avant-dernier trimestre. La régularisation est effectuée sur présentation de l'état de frais du trimestre précédent, en tenant compte des trois avances mensuelles.

§ 3 - En début d'année, le centre de jour introduit auprès de l'Office un décompte annuel accompagné des justificatifs des frais admissibles effectifs encourus l'année précédente. Simultanément, il soumet un bilan et un compte de résultats de l'année en question conformément aux instructions données par l'Office en la matière. Une régularisation est effectuée sur la base de ces documents.

§ 4 - Les montants suivants sont déduits du prix de journée :

1° le montant que les bénéficiaires doivent acquitter comme participation personnelle conformément aux dispositions légales;

2° le montant que le centre de jour reçoit de pouvoirs publics, d'établissements subventionnés par ces pouvoirs publics, de services-clubs et autres donateurs, dans la mesure où ces montants sont accordés pour couvrir des dépenses prises en considération pour le calcul du prix de journée.

CHAPITRE IV. — - *Dispositions particulières*

Art. 15. Le centre de jour tient une comptabilité conformément aux instructions données par l'Office en la matière.

Art. 16. Tous les montants cités dans le présent arrêté sont liés à l'indice-pivot 114,20 des prix à la consommation. Ils sont calculés sur la base d'une augmentation de 3,6265.

Art. 17. Si le nombre de bénéficiaires diminue après le 31 décembre 1997, l'Office retiendra pour le subventionnement le «capital périodes» jusqu'alors subventionné pour le personnel d'encadrement, et ce jusqu'au 31 décembre 1999.

CHAPITRE V. — *Dispositions abrogatoires et finales*

Art. 18. L'arrêté ministériel du 18 juin 1975 déterminant les règles à suivre pour fixer le montant de l'intervention du Fonds de soins médico-socio-pédagogiques pour handicapés dans les frais de l'entretien, du traitement et de l'éducation des handicapés placés dans des institutions fonctionnant sous le régime du semi-internat est abrogé.

Art. 19. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 1998.

Art. 20. Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 12 décembre 1997.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, des Relations internationales,
de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées,
du Sport et du Tourisme
J. MARAITE

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation,
des Médias et des Affaires sociales
K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

N. 98 — 1858

[C — 98/33045]

**12 DECEMBER 1997. — Besluit van de Regering
betreffende de organisatie en de subsidiëring van de dagcentra voor minder-validen**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993 en 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van 19 juni 1990 van de Duitstalige Gemeenschap houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening), inzonderheid op artikel 32;

Gelet op het gunstig advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 10 december 1997;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 12 december 1997;

Gelet op het voorstel uitgebracht op 31 oktober 1997 door de Raad van Beheer van de Dienst;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wet van 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat volgens het nieuwe concept « begeleiding van de minder-validen » in de Duitstalige Gemeenschap de minder-valide met zijn bekwaamheden, voorliefden en belangen de uitgangspunt vormt van het concept « begeleiding van de minder-validen », moeten de organisatie en de subsidiëring van de dagcentra voor minder-validen, d.w.z. de personeelsnormen, alsmede de subsidiëringscriteria en -voeten onverwijld aan dit nieuwe concept aangepast worden;

Op de voordracht van de Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — Algemene bepalingen

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1° dagcentrum : een inrichting erkend door de Dienst, die de hele dag door personen opneemt die wegens hun handicap tegen de last en de dwang van het dagelijks leven niet opgewassen zijn, hen een werkzaamheid aanbiedt met het oog op een mogelijke socio-professionele en culturele integratie in de maatschappij en de begeleiding zodanig organiseert dat hun behoeften en bekwaamheden in aanmerking worden genomen.

2° Dienst : de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening;

3° begunstigde : een persoon vanaf 18 jaar die bij de Dienst ingeschreven is en wier individueel hulp- en verzorgingsprogramma, opgesteld en goedgekeurd door de Dienst overeenkomstig artikel 21 van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening), in een werkzaamheid en een begeleiding in een dagcentrum voorziet;

4° handicap : elke aantasting van de sociale en professionele integratie wegens een beperking van de intellectuele, lichamelijke of sensoriële vermogen;

5° besluit van 20 juli 1993 : besluit van de Executieve van 20 juli 1993 tot vaststelling van bepaalde te volgen regels voor de berekening van de personeelskosten die aan de erkende instellingen en verenigingen verleend worden in het kader van de toelagen per dag toegekend door de "Dienststelle für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge".

HOOFDSTUK II. — *Organisatie*

Art. 2. Het dagcentrum biedt de werkzaamheid en de begeleiding voor de gerechtigden aan overeenkomstig volgende conceptuele fundamente en doeleinden qua minder-validen :

- 1° respect van de menselijke waardigheid;
- 2° normalisatie van de levensomstandigheden en van de sociale betrekkingen;
- 3° integratie in de maatschappij;
- 4° bevordering van de autonomie op de praktische gebieden van het leven.

Art. 3. § 1. Het dagcentrum biedt zijn dienstverleningen elke dag van het jaar aan. De dienstverleningen op weekeinden, de sluitingen op feestdagen en de vakantieperiodes worden in onderlinge overeenstemming met de gerechtigden afgesproken en door de Dienst goedgekeurd. De maximale sluitingstijd mag 140 dagen/jaar niet overschrijden.

§ 2 - Een dag tenlasteneming dekt tenminste zes uren en wordt in twee halve dagen onderverdeeld. Een halve dag duurt tenminste drie uren.

§ 3 - De gerechtigde kan ofwel per hele ofwel per halve dagen een beroep doen op de dienstverleningen van het dagcentrum. Het dagcentrum kan in onderlinge overeenstemming met de gerechtigde individuele periodes tenlasteneming vastleggen.

Art. 4. § 1. Het dagcentrum ontwikkelt een gedifferentieerd aanbod van dienstverleningen dat rekening houdt met de individuele bekwaamheden en belangen. Dit aanbod omvat :

- 1° een intramurale verpleging, begeleiding en activering;
- 2° extramurale activiteiten;
- 3° projecten inzake socio-professionele voorbereiding en kwalificatie;
- 4° extramurale opleidingsstages;
- 5° een opleiding in een beschermd werkplaats;
- 6° andere activiteiten met het oog op de socio-professionele en culturele integratie van de gerechtigden in de maatschappij.

§ 2 - Elke dag tenlasteneming dient het dagcentrum de gerechtigden een warme middageten op. Voor de gerechtigden die wegens extramurale activiteiten die dienstverlening niet kunnen genieten wordt een andere oplossing gevonden die met de extramurale activiteit verenigbaar is.

§ 3 - Tijdens de dag tenlasteneming dient het dagcentrum de gerechtigden, naargelang de behoeften in de voormiddag en/of in de namiddag één, zo nodig 2 collations en dranken op.

Art. 5. In het kader van de vigerende wettelijke bepalingen sluit het dagcentrum een tewerkstellings- en begeleidingsovereenkomst met de gerechtigde af. Die overeenkomst bepaalt :

- 1° de rechten, plichten en verantwoordelijkheden van beide partijen;
- 2° de persoonlijke participatie van de gerechtigde krachtens de toepasselijke wettelijke bepalingen;
- 3° de aanwezigheid van de gerechtigde alsmede de wijze en de frequentie waarop hij een beroep zal doen op de dienstverleningen van het dagcentrum;
- 4° dat het tewerkstellings- en begeleidingsplan voor een evenwicht moet zorgen tussen de intensiteit van de activering die de gerechtigde nodig heeft en degene die de gerechtigde wenst;
- 5° dat bij het begin van de opname een medisch onderzoek moet worden uitgevoerd door een geneesheer ter keuze van de gerechtigde en dat zo'n medisch onderzoek jaarlijks moet worden ondergaan;
- 6° eventuele bijzondere behoeften van de gerechtigde qua voeding;
- 7° de verzorging van de gerechtigde;
- 8° het vervoer van de gerechtigde.

Art. 6. § 1. Om de behoeften aan tewerkstelling en begeleiding vast te leggen worden de bekwaamheden en behoeften van de gerechtigde geëvalueerd door middel van beoordelingsinstrumenten die vooraf door de Dienst moeten worden goedgekeurd.

§ 2 - De Dienst legt de criteria vast om de zo bepaalde behoeften aan tewerkstelling en begeleiding in één van volgende categorieën te rangschikken :

- 1° L = lichte handicap
- 2° G = gemiddelde handicap
- 3° Z = zware handicap
- 4° Z+ = zeer zware handicap.

§ 3 - Indien men bij de opname van een gerechtigde over geen omstandige beoordeling van zijn bekwaamheden en behoeften beschikt, dan wordt tijdens 3 maanden de categorie G in aanmerking genomen.

§ 4 - Zo nodig kan de rangschikking één keer per jaar aangepast worden. In uitzonderlijke gevallen kan een evaluatie, op met redenen omklede aanvraag, na afloop van 3 maanden aangepast worden.

Art. 7. § 1. Volgens de kwalificaties voorgeschreven door het besluit van 20 juli 1993 bestaat het personeel van het dagcentrum uit volgende functies :

- 1° leidend personeel : verantwoordelijke/directeur
- 2° begeleidingspersoneel : opvoedend, pedagogisch, psychologisch en/of paramedisch personeel;
- 3° medisch personeel : geneesheren-specialisten en/of algemene geneeskundigen;
- 4° administratief personeel en werklieden.

§ 2. Volgende personeelssleutels worden in aanmerking genomen :

- 1° : één directeur vanaf 10 gerechtigden;

2° begeleidingspersoneel : voor de begeleiding van opleidingsstages georganiseerd door het dagcentrum : 1,9 begeleidingsuren per week en per gerechtigde, voor zover personeelsleden van het dagcentrum voor de begeleiding zorgen, of

- a) voor de categorie L = 6,9 begeleidingsuren per week en per gerechtigde;
- b) voor de categorie G = 8,4 begeleidingsuren per week en per gerechtigde;
- c) voor de categorie Z = 12,7 begeleidingsuren per week en per gerechtigde;
- d) voor de categorie Z+ = 15,2 begeleidingsuren per week en per gerechtigde;

3° geneesheer voor de vragen inzake hygiëne en gezondheid : ten hoogste 5 uren per maand per dagcentrum, voor zover de Dienst vooraf de prestaties van een geneesheer heeft goedgekeurd;

4° administratief personeel : 1 uur per week en per gerechtigde met een maximum van 19 uren per week en per dagcentrum;

- 5° werklieden : 3,8 uren per week en per gerechtigde.

§ 3. Het dagcentrum dient bij de Dienst een jaarconcept ter goedkeuring in met de doeleinden en de geplande activiteiten, alsmede een ontwerp van de personeelsformatie die volgens § 2 noodzakelijk zal zijn. De functies van het personeel worden door de Dienst op basis van het jaarconcept vastgelegd.

§ 4. Na voorafgaande toestemming van de Dienst kunnen de dagcentra van de Duitstalige Gemeenschap, in onderlinge overeenstemming, de overtallige ongebruikte uren uit hun respectieve urenpakketten qua personeel voor regionale gemeenschappelijke opdrachten gebruiken.

Art. 8. Het dagcentrum sluit een brandverzekering af voor de door hem gebruikte ruimten alsmede een verzekering ad hoc inzake burgerlijke aansprakelijkheid ten gunste van het personeel en van de gerechtigden.

HOOFDSTUK III. — *De subsidiëring*

Afdeling 1.— De dagprijs

Art. 9. Voor zover het dagcentrum de bepalingen van dit besluit naleeft, verkrijgt het tijdens de Dienst, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, subsidies in de vorm van een dagprijs die de aanneembare uitgaven dekt die door het dagcentrum werkelijk aangegaan worden voor de onderhouds- en werkingskosten. De onderhouds- en werkingskosten omvatten :

- 1° de verblijfkosten;
- 2° de vervoerkosten;
- 3° de personeelskosten;
- 4° de kosten voor het betrekken van de gebouwen en de afschrijvingskosten.

Afdeling 2. — De verblijfkosten

Art. 10. § 1. Bij aanwezigheid van de gerechtigde belopen de aanneembare verblijfkosten die voor de dagprijs in aanmerking genomen worden 304 BF per dag en per gerechtigde. De verblijfkosten omvatten de kosten qua voeding, geneesmiddelen, activiteiten, verzekeringen, onderhoudsprodukten, water, gas, stroom en verwarming, belastingen, beheer, werken voor de reparatie van de gebouwen, was en verplaatsingen uitgevoerd in het kader van een opdracht.

§ 2. Bij afwezigheid van de gerechtigde belopen de aanneembare verblijfkosten die voor de dagprijs in aanmerking genomen worden 129 BF per dag en per gerechtigde.

§ 3. De kosten qua voeding, bedoeld in § 1, dekken de kosten voor een gewone voeding. De kosten qua geneesmiddelen, bedoeld in § 1, dekken de kosten voor gewone geneesmiddelen. Indien de gerechtigde wegens zijn handicap specifieke geneesmiddelen of een specifieke voeding nodig heeft, dan kan het dagcentrum tijdens de Dienst een bijzondere subsidie verkrijgen die ten hoogste 51 BF per dag en per gerechtigde beloopt.

Afdeling 3. — De vervoerkosten

Art. 11. § 1. De aanneembare vervoerkosten die voor de dagprijs in aanmerking genomen, dekken de kosten die voor het vervoer van de gerechtigden om zich van hun verblijfplaats naar het dagcentrum te begeven en omgekeerd werkelijk aangegaan worden, op voorwaarde dat het vervoer in het kader ofwel van een vervoerproject overeenkomstig § 2 ofwel van een collectieve ophaaldienst overeenkomstig § 3, uitgevoerd door professionele vervoerbedrijven, plaatsvindt.

§ 2. Het vervoerproject moet op een rationele en gecoördineerde wijze voor een optimaal gebruik van de mogelijke vervoermiddelen zorgen. Om voor de dagprijs in aanmerking te komen moet het project vooraf door de Dienst worden goedgekeurd.

§ 3. Bij een collectieve ophaaldienst uitgevoerd door professionele vervoerbedrijven worden de vervoerkosten voor de dagprijs in aanmerking genomen voor zover de opdracht met inachtneming van de daaromtrent vigerende wetgeving verleend werd. Vóór het verleden van de opdracht door het dagcentrum moet de Dienst de keuze van de geselecteerde opdrachtnemer goedkeuren. De duur van de opdracht mag 5 jaar niet overschrijden.

Afdeling 4. — De personeelskosten

Art. 12. § 1. De aanneembare personeelskosten die voor de dagprijs in aanmerking worden genomen, houden rekening met de personeelsleutels bepaald in artikel 7 en met de weddeschalen bepaald in het besluit van 20 juli 1993.

§ 2. De Dienst neemt de kosten op zich ten belope van een maximumbedrag vastgelegd door de Raad van Beheer van de Dienst, op voorwaarde dat de dagcentra aan een gemeenschappelijk initiatief met het oog op de tewerkstelling van minder-validen bij de financiële en salariede boekhouding deelnemen.

§ 3. Gelden niet als aanneembare personeelskosten :

1° onvermindert de bedragen gestort voor de wettelijke brugpensioenen, de bedragen uitbetaald ten gunste van personeelsleden tewerkgesteld boven de normen die met het oog op de bepaling van de maximale voor de subsidiëring in aanmerking genomen personeelsformatie in artikel 7 vastgelegd zijn;

2° de bedragen uitbetaald ten gunste van de personeelsleden die niet over de vereiste kwalificatie beschikken;

3° het gedeelte van de wettelijke lonen en werkgeversbijdragen boven de bedragen ontstaan bij toepassing van de weddeschalen die in aanmerking kunnen worden genomen om de dagprijs overeenkomstig § 1 te berekenen;

4° onvermindert de bedragen uitbetaald voor de prestaties geleverd door personeelsleden van de inrichtingen en diensten voor minder-validen in het kader van opleidingen en voortgezette opleidingen, het gedeelte van de wettelijke lonen en werkgeversbijdragen boven de bedragen die de openbare overheden voor een voltijdse betrekking op zich nemen.

Afdeling 5. — De kosten voor het betrekken van gebouwen en de afschrijvingskosten

Art. 13. § 1. De aanneembare kosten voor het betrekken en afschrijven van gebouwen die het dagcentrum gebruikt en waarvan het eigenaar of huurder is, worden voor de dagprijs in aanmerking genomen ten belope van maximum 37 BF per dag en per gerechtigde.

§ 2. De aanneembare kosten voor afschrijving op meubilair en materieel worden voor de dagprijs in aanmerking genomen ten belope van maximum 14 BF per dag en per gerechtigde.

§ 3. Mogelijke overschotten van §§ 1 en 2 kunnen tot een maximumbedrag van 51 BF gecumuleerd worden.

Afdeling 6. — Berekening en uitbetaling van de dagprijs

Art. 14. § 1. De kosten bedoeld in de artikels 9 tot en met 13 worden in een dagprijs in aanmerking genomen die op het totaal aantal dagen van het jaar berekend wordt waarop de kosten betrekking hebben.

§ 2. Het dagcentrum verkrijgt een maandelijks voorschot. Drie maandelijkse voorschotten voor een trimester mogen 90% van de subsidie niet overschrijden die het dagcentrum voor het voorafgaande trimester uitbetaald werd. Indien het de werkelijke kosten van het dagcentrum nader komt, kan het voorlaatste trimester als basis dienen voor de berekening van het maandelijks voorschot. Op voorlegging van een kostenstaat van het voorafgaande trimester vindt de regularisatie plaats houdend met de drie maandelijkse voorschotten.

§ 3. Bij het jaarbegin dient het dagcentrum, samen met de bewijsstukken voor de werkelijke aanneembare kosten van het vorige jaar, een jaarlijkse afrekening bij de Dienst in. Tegelijk legt het de balans en de resultatenrekening van het betrokken jaar voor overeenkomstig de daaromtrent door de Dienst gegeven richtlijnen. Een regularisatie vindt op basis van die documenten plaats.

§ 4. De dagprijs wordt met volgende bedragen verminderd :

1° het bedrag dat de gerechtigden krachtens de wettelijke bepalingen als persoonlijke participatie moeten betalen;

2° het bedrag dat het dagcentrum zijdens openbare overheden, zijdens inrichtingen die door die overheden gesubsidieerd worden, zijdens «Services-clubs» en zijdens andere sponsors verkrijgt, voor zover dit bedrag toegekend wordt om uitgaven te dekken die voor de berekening van de dagprijs in aanmerking worden genomen.

*HOOFDSTUK IV. — *Bijzondere bepalingen**

Art. 15. Het dagcentrum voert een boekhouding overeenkomstig de door de Dienst gegeven richtlijnen.

Art. 16. Alle bedragen bedoeld in dit besluit zijn aan het spilindex 114,20 van de consumptieprijzen gekoppeld. Ze zijn berekend op basis van een verhoging van 3,6265.

Art. 17. Indien het aantal opgenomen gerechtigden na 31 december 1997 afneemt, zal de Dienst het op dat ogenblik gesubsidieerd urenpakket tot 31 december 1999 bij de subsidiëring in aanmerking nemen, wat het begeleidingspersoneel betreft.

*HOOFDSTUK V. — *Opheffings- en slotbepalingen**

Art. 18. Het ministerieel besluit van 18 juni 1975 tot bepaling van de te volgen regels voor de vaststelling van het bedrag van de tegemoetkoming uit het Fonds voor medische, sociale en pedagogische zorg voor gehandicapten in de kosten voor onderhoud, opvoeding en behandeling van gehandicapten die geplaatst zijn in inrichtingen die onder het stelsel van het semi-internaat werken, wordt opgeheven.

Art. 19. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 1998.

Art. 20. De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 12 december 1997.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen,
Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme

J. MARAITE

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden
K.-H. LAMBERTZ